



Antrag

der Fraktionen CDU und Bündnis 90/ Die Grünen

Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, sowie soziale und kulturelle Einrichtungen müssen dringend entlastet werden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung am 06. September das Spitzengespräch Energie mit Vertreterinnen und Vertretern unter anderem aus Kommunen, Wirtschaft, Kammern, Sozialverbänden, Gewerkschaften, Wohnungswirtschaft, Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft, Kirchen, Kultur und Bildung und weiteren gesellschaftlichen Akteuren durchgeführt hat, um zusammen zu beraten, wie in einer gemeinsamen Kraftanstrengung das Einsparungsziel von mindestens 20% erreicht werden kann. Der Landtag begrüßt die zahlreichen Maßnahmen des Arbeitspapiers, das zwischen Landesregierung und Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu dieser Zielerreichung beraten wurde. Der Landtag bittet die Landesregierung darum, diese Maßnahmen kurzfristig weiter zu konkretisieren und regelmäßig über die Umsetzungsstände zu berichten.

Der Landtag begrüßt zudem die von der Landesregierung im Rahmen des 8-Punkte-Entlastungspaketes vorgesehenen Maßnahmen zum Ausbau der Beratungsangebote und zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, der Vereine, Verbände und sozialen Einrichtungen, von Schule, Kindertageseinrichtungen, Hochschule und Kultur, sowie der Wirtschaft, Kommunen und Stadtwerke, um zielgerichtet das 3. Entlastungspaket des Bundes zu ergänzen.

Der Landtag begrüßt, dass bei den Maßnahmen des Landes ein Schwerpunkt auf langfristige Klimaschutzmaßnahmen gelegt wurde, um damit weitere Schritte in Richtung Energieunabhängigkeit unseres Land zu gehen und das Ziel zu befördern, erstes klimaneutrales Industrieland zu werden.

Der Landtag bittet allerdings die Landesregierung, den Bund in den anstehenden Bund-Länder-Gesprächen aufzufordern, die im Rahmen des Spitzengesprächs und darüber hinaus deutlich gewordene Kritik an den Maßnahmen des 3.

Entlastungspaketes auszubessern. Hierzu zählen:

- Die Einführung eines Energiepreisdeckels für Bürgerinnen und Bürger sowie für kleine und mittlere Unternehmen bedarf einer umgehenden Konkretisierung sowie schneller Umsetzung und darf an keine Bedingungen oder Voraussetzungen geknüpft werden.
- Es bedarf einer klaren und schnellen Lösung für besonders betroffene Unternehmen des Mittelstands, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie weiterer Vereine und Verbände. Die bisher im 3. Entlastungspaket formulierten Maßnahmen reichen nicht aus.
- Das im Ampel-Koalitionsvertrag festgelegte Ziel, der Wirtschaft wettbewerbsfähige Strompreise für Industrieunternehmen wie auch für den Mittelstand zur Verfügung zu stellen, muss umgesetzt werden.
- Für die Finanzierung einer Nachfolgelösung zum 9 € - Ticket bedarf es mehr als die zugesagten 1,5 Mrd. €. Hinzukommen muss mindestens eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2023 um weitere 3 Mrd. € entsprechend der Forderung der Verkehrsministerkonferenz.
- Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen müssen zur Deckung von kurzfristigen Liquiditätsgapen Unterstützung erhalten.
- Krankenhäuser und andere Einrichtungen der medizinischen Versorgung sowie in der Pflege benötigen ebenfalls dringend finanzielle Unterstützung und müssen auskömmlich finanziert werden.
- Bestehende Entlastungslücken, etwa bei Menschen, die Krankengeld oder Elterngeld beziehen, zu schließen.